



Interviews

Datum: 19. Juni 2024

Interview mit Manuela Schwesig, SPD, Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch mit Moritz Küpper

O-Ton Olaf Scholz: „Ich habe im Deutschen Bundestag gesagt, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass jemand, der schwere Straftaten verübt, wenn er hier den größten Teil seiner Strafe verbüßt hat, dann einfach irgendwann hier bleibt, sondern das muss dann auch mit Abschiebung begleitet werden. Und wir sind sehr konkret daran, diese Dinge auch umzusetzen.“

Moritz Küpper: Der Bundeskanzler, Olaf Scholz gestern in Wittenberg in Ostdeutschland bei der sogenannten MPK-Ost, bei dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer zum Thema Migration und Abschiebung. Es war eines der Themen. Mit dabei bei diesem Treffen für Mecklenburg-Vorpommern war Manuela Schwesig, ebenfalls SPD. Sie ist Ministerpräsidentin ihres Landes, auch Präsidentin des Bundesrates und war lange Jahre stellvertretende SPD-Parteivorsitzende. Sie ist nun am Telefon. Guten Morgen!

Manuela Schwesig: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Frau Schwesig, viele Themen gestern, vor allem unter dem großen Eindruck der Unzufriedenheit. Was können Sie dem nach diesem Treffen nun entgegensetzen?

Schwesig: Es war gestern ein sehr wichtiges Treffen, weil wir wirklich mit dem Bundeskanzler und allen Ministerpräsidenten – und wir sind ja auch aus verschiedenen Parteien – Klartext geredet haben, dass die Unzufriedenheit in Ostdeutschland sehr groß ist. Das hat aus meiner Sicht drei Gründe, einen, den wir nicht wirklich verändern können, das ist der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine. Da teilen viele nicht unsere Position, dass wir die Ukraine auch militärisch unterstützen. Wir können deswegen nicht unsere Haltung ändern, wir müssen es weiter erklären.

Das zweite große Thema ist Migration, das dritte sind wirtschaftliche Fragen. Ich komme zum zweiten: Migration. Es ist eine der größten Herausforderungen und wir wollen auch Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, Schutz geben. Aber es geht nur, wenn die Zahl der Flüchtlinge, der kommenden Flüchtlinge auch praktisch begrenzt wird, weil wir es praktisch nicht mehr schaffen mit Wohnraum, mit Schulplätzen, und wenn wir ein ganz deutliches Zeichen setzen, dass diejenigen, die zu uns kommen und eigentlich Schutz suchen, aber vor denen wir uns schützen müssen, weil es Straftäter sind, nicht bleiben können. Das ist die absolute Minderheit, aber jeder Fall davon ist einer zu viel, und auch die Menschen, die für den humanitären Schutz von Flüchtlingen sind, sind nicht einverstanden damit, wenn Leute hierbleiben können, die Straftäter sind. Da müssen wir jetzt handeln.

Küpper: Teilen Sie die Erkenntnis von Reiner Haseloff, Ihrem Kollegen von der CDU aus Sachsen-Anhalt, gestern ja Gastgeber, der gesagt hat, wir haben derzeit ein sehr destabilisiertes und instabiles Sicherheitsgefühl?

Schwesig: Es ist Fakt, dass ganz viele Menschen – das zeigen Umfragen – gerade kein gutes Sicherheitsgefühl haben, und das ist auch massiv angestiegen. Deswegen muss die Politik auch da klare Zeichen setzen. Und ich glaube, das widerspricht jedem, der sagt, jedem auch menschlichen Gefühl, wenn Menschen zu uns kommen und selber zur Gefahr werden als Straftäter für andere, dass die nicht bleiben können. Es ist ein Fehler, den die Politik bisher gemacht hat, dass wir das nicht konsequent machen. Wir können es nicht konsequent machen bei Ländern wie zum Beispiel Afghanistan oder auch Syrien und das muss sich ändern.

Küpper: Aber da gibt es doch jetzt Wortmeldungen, auch ein Versprechen des Kanzlers. Muss man, sind Sie auch dafür, mit den Taliban reden?

Schwesig: Es gibt wohl verschiedene Möglichkeiten, wie die Bundesregierung es organisieren kann, und das ist jetzt Aufgabe der Bundesregierung, dass wir auch abschieben können aus Ländern, wo es bisher schwierig war, und da verlasse ich mich jetzt drauf, denn alle sind sich einig und wir müssen handeln mit solchen Fällen. Ich kann es nur noch mal sagen: Das ist nicht die Mehrheit, das ist eigentlich die Minderheit. Aber jeder Fall ist einer zu viel und er vergiftet vor allem auch die Stimmung für

die vielen Menschen, die zu uns gekommen sind und sich an die Regeln halten und gut mitmachen.

Küpper: Dann bleiben wir konkret. Reiner Haseloff hat auch gefordert, die eingeführten Grenzkontrollen jetzt zur Fußball-Europameisterschaft danach fortzusetzen. Gehen Sie da auch mit?

Schwesig: Wir haben vor allem ja auch Kontrollen an unseren Grenzen, zum Beispiel an unserer Grenze zu Polen. Polen ist nicht das Problem ...

Küpper: Über Polen.

Schwesig: Genau. Es wird systematisch von Russland ja auch Destabilisierung in unserem Land betrieben, indem Menschen auf die Reise geschickt werden, und da gibt es diese Kontrollen. Das ist auch wirksam, das merken wir, und insofern gehe ich davon aus – diese Kontrollen sind auch schon unabhängig von der EM -, dass das auch weiter fortbesteht.

Ich will aber auch zu einem dritten Thema kommen, wenn Sie erlauben. Ich habe einmal schon über zwei große Themen gesprochen. Das dritte Thema ist aber, dass wir in diesen Zeiten der vielen Unsicherheiten, dass wir da aber auch Sicherheit geben, dass die Politik in Deutschland einen Plan hat und sich nicht ständig streitet. Der Streit innerhalb der Ampel, aber auch der heftige Streit zwischen Ampel und Opposition, zum Beispiel CDU, ist nicht gut für diese Krisenzeiten. Wir haben in der Corona-Pandemie auch schwere Zeiten gehabt. Wir haben in der Corona-Pandemie ganz schwere und auch nicht immer richtige Entscheidungen getroffen. Aber wir haben zusammengehalten und wir haben vor allem mit einem großen Programm gegen die Krise gesteuert. Was wir wirklich brauchen ist mehr Zusammenhalt unter den Demokraten. Das zeigen wir gerade in der Ost-MPK. Und wir brauchen für den Osten wirtschaftliche und soziale Entscheidungen.

Eine Entscheidung, die jetzt aussteht – und die muss dringend kommen -, ist das Rentenpaket, weil sonst die Gefahr ist, dass die Rente in den nächsten Jahren nicht mehr mit den Löhnen steigt, und es gibt ja viele Angriffe auf die Rente. Als Ostdeutsche kann ich nur sagen, 97 Prozent der Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland sind allein auf die gesetzliche Rente angewiesen. Sie haben nichts anderes,

keine Betriebsrente, kein privates Vermögen und so weiter. Deswegen muss diese Rente stabilisiert werden und darf auch nicht gekürzt werden. Es geht um diese sozialen Themen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.